

Rede

Auf dem Jahreskongress des DRV

Reggio di Calabria

Freitag, den 12. Oktober 2018

Version 11.10.2018

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Bundesminister Müller,
lieber Herr Präsident Fiebig,
sehr geehrter Regionalpräsident Oliverio,

Sie haben in ihren beiden Reden auf die Chancen großer Entwicklungen verwiesen. Auf die Chancen der Globalisierung, und auf die Chancen, die Tourismus in der Entwicklungszusammenarbeit eröffnet.

Ich jedoch möchte meinen Vortrag mit einer Utopie beginnen - und zwar einer Utopie, die eng mit unserem heutigen Veranstaltungsort, Reggio in Kalabrien, verbunden ist. Im Jahr 2008 wurde unter Initiative des damaligen französischen Präsidenten Nikolas Sarkozy - nebenbei bemerkt vielleicht die weitsichtigste politische Handlung seiner Amtszeit - die "Union für das Mittelmeer" ins Leben gerufen.

Ein herausragender diplomatischer Erfolg, und heute nahezu undenkbar. Auf dem Gründungstreffen der "Union für das Mittelmeer" saßen sich die Vertreter der arabischen Staaten und Israels, aber auch die verfeindeten Länder Syrien und Libanon ebenso wie Marokko und Algerien am Verhandlungstisch gegenüber.

Unter der Leitung der EU beschlossen mehr als 40 Staaten, künftig ihre Zusammenarbeit zu vertiefen.

Heute ist diese Initiative nicht nur eingeschlafen, sie ist weitestgehend vergessen.

Stellen wir uns nur einmal vor, was es bedeutet hätte, wenn dieses Projekt erfolgreich gewesen wäre. Stellen wir uns einmal ein paar Schlagzeilen vor, heute, 2018, 10 Jahre nach der Gründung der Union für das Mittelmeer:

- "Die EU hat es geschafft, eine zerstrittene Region zusammenzuhalten."
- "Der Mittelmeerraum, ein Raum der Kooperation, der Kultur, und des wirtschaftlichen Aufschwungs."

- "Seit dem arabischen Frühling steht die Mittelmeerregion in ihrer vollen demokratischen Blüte - die EU hat durch ihre frühe und konsequente Unterstützung, großen Anteil an dieser Entwicklung."

Ein paar imaginäre Schlagzeilen.

Was würde dies bedeuten für eine Stadt wie Reggio, in der wir uns heute treffen? Eine Stadt, die heute am Rande Europas liegt, die aber eine geografische Mittellage hat, die Luftlinie so weit von Tunis und Tripolis entfernt ist, wie Berlin von Köln, oder Hamburg von München. Eine Stadt, die die DNA einer florierenden Handelsstadt in sich trägt. Die Zeugin war des ersten punischen Krieges – als die damaligen Bewohner des heutigen Tunesiens den europäischen Römern die Vormacht im Mittelmeer streitig machten -, sowie der wirtschaftlichen und kulturellen Blütezeit des Mittelmeers im Hochmittelalter und der frühen Neuzeit. Reggio, das genau im geografischen Zentrum des Mittelmeeres liegt, wäre ein Ort in einer florierenden Region des Austausches, der Kultur, der Völkerverständigung.

Meine Damen und Herren,

sie haben sich entschieden ihre Konferenz in dieser wunderbaren Stadt abzuhalten. Ich finde ihre Entscheidung richtungsweisen und finde, dass es politisch wie ökonomisch geboten wäre, an einer Utopie wie der Union für das Mittelmeer festzuhalten!

Anrede,

wo aber stehen wir tatsächlich? Wir alle wissen, dass Europa seine Rolle heute nicht wahrnimmt. Wir alle wissen, wofür das Mittelmeer heute wirklich steht – für Elend, Tod und das Versagen der EU-Staaten in der Flüchtlingspolitik. Die EU ist weit davon entfernt eine aktive und entscheidende Rolle in der Region zu spielen. Auch wenn wir einige außenpolitische Erfolge vorweisen können, die ich nicht verschweigen möchte - das Iran-Abkommen ist nur unter EU-Einflussnahme zustande gekommen, die EU hält die Balkanregion zusammen, und wir sorgen vor der Küste Somalias dafür, dass Hilfslieferungen nicht Piraten in die Hände fallen - bei all diesen Beiträgen, müssen wir erkennen, dass Europa in der Welt nicht mit einer Stimme spricht.

Das Gegenteil ist der Fall: Die Kakophonie der nationalen Egoisten wird immer lauter, die Uneinigkeit immer sichtbarer. Und die unsäglichen Verhandlungen um den Brexit rufen uns tagtäglich ins Bewusstsein, in was für einer Existenzkrise die EU steht. Wir sind meilenweit von einer Utopie - wie eben beschrieben - entfernt. Vielmehr stehen wir an einem Punkt, an dem sich entscheiden wird, ob es überhaupt weitergeht mit diesem historischen Projekt.

Vielen ist die Dramatik dieser Situation noch gar nicht bewusst. Dabei betrifft der Brexit menschliche Existenzen ganz direkt – sie als Vertreter ihrer Branche wissen das besser als viele andere:

- Betriebsgenehmigungen für Flugzeuge werden erlöschen, gemeinsame Abkommen zum Reiseverkehr könnten von einem Tag auf den anderen nicht mehr gültig sein;
- viele Automobilhersteller im Vereinigten Königreich - darunter Toyota, Nissan und Honda - haben angekündigt, bei einem harten Brexit wichtige Werke schließen zu müssen;
- Banken wandern ab;
- EU-Agenturen sowieso;
- Warteschlangen vor Grenzen werden wieder die Regel sein;
- Briten werden möglicherweise Visa für Urlaube in Europa brauchen;
- und vielleicht am dramatischsten: die Spannungen zwischen Irland und Nordirland, die auch durch die integrative Wirkung der EU beigelegt werden konnten, könnten wieder entflammen, wenn eine Grenze die beiden Länder voneinander trennt.

Ich habe mit Theresa May selbst diese Fragen mehrfach erörtern können. Bei Boris Johnson habe ich die Hoffnung auf eine rationale Debatte allerdings aufgegeben.

Aber die dreiste Erklärung beider, die EU ohne Abkommen zu verlassen sei besser, als sie mit einem schlechten Abkommen zu verlassen, ist nicht nur blanker Hohn, sondern vor allem ein schwerer Schaden, der dem britischen Volk zugefügt wird.

Wer die Kooperation mit der EU so leichtfertig aufs Spiel setzt, und damit auch die Zukunft seines Landes und den Wohlstand seiner Bevölkerung, ist keine gute

Regierungschefin, und verdient es schon gar nicht – wie im Fall Johnson - Regierungschef zu werden.

Schlimmer noch, als das Drama, das sich nun um Großbritannien abspielt, ist aber die Tatsache, dass wir in der EU einfach nicht mehr aus dem Krisenmodus herauskommen. Großbritannien war immer schon ein schwieriger Partner, aber was sich dort abspielt, steht stellvertretend für den ganzen Kontinent.

Ob in Polen, Dänemark, Italien oder nun auch Deutschland. Wir haben es in den USA gesehen, und wir sehen es ganz aktuell in Brasilien: Eine Unzufriedenheit mit dem bestehenden System macht sich breit, die dazu führt, dass die Kandidaten Zuspruch gewinnen, die am lautesten dagegen hetzen.

Dabei ist es egal, ob sie falsche Zahlen auf einen Bus schreiben und damit durchs Land fahren wie die Brexit-Befürworter, oder ob sie selbst jahrzehntelang in diesem System gearbeitet haben - entscheidend ist die Ablehnung und der Protest.

Entscheidend ist das Gefühl, dass es da eine weit entfernte Macht gibt, die mir mein Leben diktiert; die mir Vorschriften macht, die ich mir nicht selbst machen würde; die so weit in mein Leben eingreift, dass ich mich dagegen wehren möchte.

Und dabei geht es am Ende gar nicht so sehr um die Frage ob Recht oder Unrecht, sondern um ein Gefühl. Ich nenne mal ein paar Beispiele:

- In Polen werden Richter politisch benannt, was die Gewaltenteilung massiv infrage stellt; die EU greift hier zurecht ein. Die Regierung aber spricht von Angriffen auf die nationale Souveränität;
- Ungarn ist durch europäisches Recht dazu verpflichtet eine geringe Anzahl von Flüchtlingen aufzunehmen, weigert sich aber dagegen. Ministerpräsident Victor Orban spricht von „Erpressung“;
- In Großbritannien und Frankreich wird gegen die Gruppe der „polnischen Klempner“ gehetzt, obwohl die Gefahr für die Wirtschaft wohl eher von strauchelnden Banken ausgeht;
- Und in Italien, ja hier gab es zurecht Proteste gegen die Regulierung der Olivenöfläschchen auf den Restauranttischen;

In vielen Ländern hat sich so ein Gefühl aufgebaut – oft unberechtigt, manchmal berechtigt -, dass man sich gegen etwas wehren muss. Gegen den Einfluss von außen, gegen den Verlust der eigenen Kultur und Identität. Es ist dieses Gefühl, dass all die Vorteile überlagert, die die Kooperation unter Nachbarn und Freunden mit sich bringt. Es ist dieses diffuse Gefühl, dass die Hetzer schüren und hemmungslos ausbeuten.

Aber ich sage hier heute ganz deutlich: Europa darf nicht in den Kulturkampf verfallen.

An einer Freundschaft kann man arbeiten, auch wenn die Zeiten hart sind. Kooperation über Grenzen hinweg ist ein Wert an sich. Diesen Wert, der uns Frieden und Wohlstand, über Jahrzehnte hinweg beschert hat, setzt man nicht leichtfertig aufs Spiel."

Nur was können wir tun? Ich möchte beginnen mit einigen Hinweisen, und zwar an einem ganz praktischen Beispiel, nämlich der Pauschalreiserichtlinie:

Ich weiß, dass die Genese dieses Gesetzestextes viel Frustration erzeugt hat. Es fing wie so oft an mit einer guten Intention: der Markt sollte harmonisiert werden, verschiedene Akteure den gleichen Regeln unterworfen, und der Verbraucherschutz gestärkt werden. Es ging um das Level-Playing-Field. Und in dem Punkt, dass gemeinsame Regeln im europäischen Binnenmarkt notwendig sind, sind wir uns einig.

Was aber herauskam war ein Text, der die Besonderheiten des deutschen Marktes in keiner Weise beachtete. Dieser Text war für Deutschland völlig unpraktikabel, unsinnig, und hätte massive Bürokratiebelastung bedeutet. Gut, dass es am Ende so nicht gekommen ist!

Ich weiß, dass der DRV sich in der Folge massiv dafür eingesetzt hat, diese Schieflage zu beheben. Das ist gut so, und dafür gebührt ihnen Dank! Es ist auch ein Zeichen, dass Lobbyarbeit, oder Interessenvertretung im Prinzip nichts Anrüchiges ist. Es geht darum Lösungen zu finden, die für alle funktionieren - und die nicht im theoretischen und luftleeren Raum entstehen.

Trotzdem können wir nicht damit zufrieden sein, wie der Prozess der Pauschalreiserichtlinie insgesamt gelaufen ist. Weil gerade dieser Prozess den

Eindruck erweckt hat, dass da in Brüssel realitätsfremde Menschen sitzen, die ohne jedes Verständnis in das alltägliche Leben eingreifen. Und jenseits der Pauschalreiserichtlinie gibt es schließlich noch viele andere Beispiele: die Olivenölfäschchen habe ich schon erwähnt. Sie im Tourismusbereich erleben es immer wieder in vielfältiger Weise.

Dabei muss der erste Grundsatz doch lauten: Regulierung muss mehr Effizienz und fairen Wettbewerb bringen. Regulierung darf nicht zu Drangsalierung werden!

Damit dies gelingt, muss sich einiges ändern.

Erstens: Die EU muss sich auf die Fragen konzentrieren, in denen sie einen Mehrwert schaffen kann! Auch ich denke, dass die EU heute zu viel Kraft im Mikromanagement verliert. Nicht alles muss auf EU-Ebene geregelt werden - manches kann man viel besser national machen!

Zumal die Ressourcen hierzu gar nicht ausreichen. Die EU-Kommission beschäftigt heute rund 32.000 Mitarbeiter. Das Land Berlin alleine 110.000. Wie sollen diese 32.000 Menschen für 28 Staaten und 507 Millionen Bürgerinnen und Bürger absehen können, was die besten Lösungen sind, die selbst lokal funktionieren?

Nein, die EU muss dort handeln, wo die Nationalstaaten an ihre Grenzen gelangen: Beim Kampf gegen den Klimawandel, bei der Verteidigung internationaler Standards beim Handel, bei der Terrorismusbekämpfung und dem Kampf gegen die organisierte Kriminalität und die Geldwäsche.

Zweitens: Bei den Fragen, die die EU regelt, muss der Austausch mit den betroffenen Akteuren direkter und besser laufen. Die Konsultationsverfahren, die sie sicher alle kennen, gehen nicht tief genug. Sie leiden unter Zeitdruck und Oberflächlichkeit.

Probleme beginnen oft schon bei der sprachlichen Abfassung der Texte, gehen dann ins EU-Parlament und den Rat, wo sie in einem komplizierten Gesetzgebungsverfahren sicher nicht einfacher werden.

Insgesamt müssen die Verfahren praxisnäher werden. Hier brauchen wir stärker formalisierte Dialoge mit den betroffenen Verbänden.

Sorgfalt vor Schnelligkeit ist hier die Devise!

Drittens: Seit ich meine Arbeit vor rund einem Jahr im Bundestag aufgenommen habe, bin ich überrascht davon, wie wenig in der Breite über europäische Gesetzgebung diskutiert wird. Das ist schon kurios, wenn man bedenkt, dass die meisten der deutschen Gesetze Umsetzung von europäischer Rechtsprechung sind.

Oft wird sich nur mit europäischer Gesetzgebung beschäftigt, wenn diese Probleme bereitet. Die Probleme fallen dann vom Himmel, und keiner weiß warum. Einzig weiß man, dass "da in Brüssel" irgendetwas entschieden wurde.

Ich habe mich als Präsident des Europäischen Parlaments bemüht eine Parallelisierung der Beratungen von wesentlichen Gesetzgebungsinitiativen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten herbeizuführen. Ganz praktisch: wenn das Europaparlament die Richtlinie zum Beispiel die CO₂-Grenzwerte berät, warum kann nicht in den nationalen Parlamenten zeitgleich darüber beraten werden.

Wir würden in ganz Europa eine Debatte anstoßen.

Im Polnischen Seim, im portugiesischen Parlament, im Bundestag und im Reichstag in Stockholm würde die gleiche Debatte ablaufen. Probleme könnten früher erkannt und ausgebessert werden.

Leider sind wir nicht weitergekommen, weil der Rat sich einmal mehr quergestellt hat. Die Nationalregierungen, die übrigens eine Mehrheit in ihren jeweiligen Parlamenten haben, haben blockiert, weil sie der Auffassung waren, dass sie die zweite europäische Kammer seien, und nicht die Parlamente. Der Einfluss der Regierungen hat schließlich dazu geführt, dass ein großer Teil der Nationalparlamente sich dieser Initiative nicht angeschlossen haben.

Schade. Dennoch. In meiner neuen Funktion werde ich meinen Beitrag dazu leisten, dass zumindest im Bundestag sich daran etwas ändert.

Anrede,

dies alles sind sehr praktische Punkte, die von politischer Seite schon heute geändert werden können, und die geändert werden müssen. Es sind Punkte, die falsch laufen, und keine demokratische Partei kann es sich leisten, diese Punkte zu ignorieren. Sie schüren Frustration, und sie bieten willkommenen Nährboden für die radikalen Kräfte, die eigentlich nur eines im Sinn haben: die EU zu zerstören.

Und jetzt komme ich zu dem eigentlichen Punkt, den ich im Sinn habe, wenn ich darüber nachdenke, was wir alle tun können.

Die radikalen Kräfte, die heute in der Welt einen so dramatischen Aufschwung erleben, sie suggerieren, dass wir mitten in einem Kulturkampf stecken. Sie versuchen die politische Debatte zu simplifizieren und auf Sündenböcke zu richten, die meistens Minderheiten sind. Gegen Homosexuelle, gegen Frauenrechte, meistens aber gegen Migranten. Sie versuchen Probleme nicht zu lösen, sondern sie brauchen Probleme als Treibstoff für ihre Hetze und ihren Hass.

Wir dürfen dieses Spiel nicht mitspielen. Stellen wir nicht die fundamentalen Pfeiler unserer Gesellschaft in Frage: die Toleranz, die Offenheit, die Vielfalt und die Demokratie.

Heben wir hervor, warum wir für diese Gesellschaft sind.

- Weil jeder von uns frei auf der Straße seine Meinung sagen darf.
- Weil wir uns frei bewegen wollen.
- Weil Männer und Frauen gleichberechtigt sind.
- Weil eine gemeinsame Währung uns vor Krisen schützt.
- Weil gemeinsamer Handel uns wohlhabender macht.
- Weil neue Bekanntschaften und Begegnungen uns bereichern, und Reisen und Tourismus viel mehr sind als Geschäft. Sie sind Verständigung, Freundschaft, Kultur und Friedensschaffer.

All dies ist unsere Gesellschaft. All dies ermöglicht uns die EU. Auch wenn die große Utopie aktuell fern erscheint - irgendwie ist sie doch trotzdem immer da. Und trotz all der Rauchschwaden von AfD, Trump und Brexit, sehen wir auch in diesen Tagen Zeichen der Hoffnung:

- Vor einem Jahr haben wir die Ehe für alle in Deutschland beschlossen!
- Vor zwei Wochen ging ein Einwanderungsgesetz durchs deutsche Kabinett.
- In der UN sitzt die Premierministerin von Neuseeland mit ihrem Baby in der Vollversammlung, und Portugal schafft den wirtschaftlichen Aufschwung nach Jahren der Krise.

Nein, es ist nicht alles gut. Aber es ist auch nicht alles schlecht. Bündeln wir die Kräfte, damit möglich wird, was möglich werden kann.

Für sie als Verband, für diese tolle Stadt Reggio, und für Europa als Ganzes.

Ich danke Ihnen, für Ihre Aufmerksamkeit.